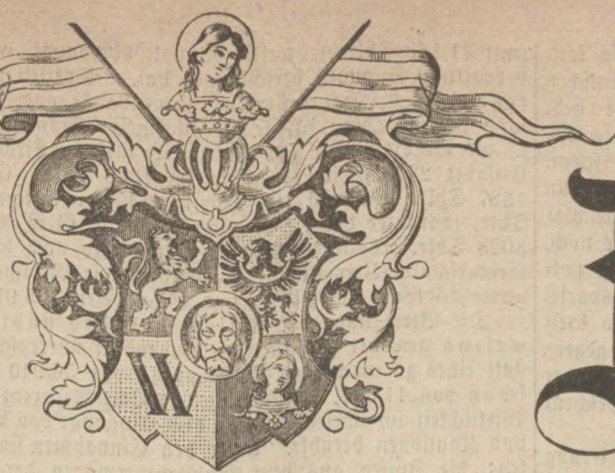


Vierteljährlicher Abonnementspreis  
in Breslau 2 Thaler, außerhalb incl. Porto  
2 Thaler 11 1/2 Sgr. Insertionsgebühr für den  
Raum einer fünfzeiligen Zeile in Petitchrift  
1 1/4 Sgr.

Expedition: Gertenstraße Nr. 20.  
Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten  
Bestellungen auf die Zeitung, welche an fünf  
Tagen zweimal, Sonntag und Montag einmal  
erscheint.

# Breslauer



# Zeitung.

Morgenblatt.

Dinstag den 5. August 1856.

Nr. 361.

## Telegraphische Depeschen der Breslauer Zeitung.

Berlin, 4. August. Roggen fest; pro August 57 1/2 Thaler, August-September 57 Thaler, Sept.-Oktober 55 1/2 Thaler, Oktober-November 54 Thaler. Spiritus, ruhig; loco 31 1/2 Thaler, pr. August 30 1/2 Thaler, August-September 30 1/2 Thaler, September-Oktober 29 1/2 Thaler, Oktober-November 28 Thaler.

Rübel pr. August 17 1/2 Thaler, Sept.-Okt. 17 Thaler.

Berliner Börse vom 4. August. (Aufgegeben 2 Uhr 30 Minuten, angekommen 4 Uhr.) Bewährte Papiere fest. Staatsanleihe 86 1/2. Präm.-Anleihe 114. Schlesische Bank-Anleihe 104 1/2. Commandit-Anleihe 139 1/2. Köln-Mindener 162 1/2. Alte Freiburger 178. Neue Freiburger 168 1/2. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 60 1/2. Mecklenburger 59 1/2. Oberschlesische 1. u. A. 212. Oberschlesische Lit. B. 188. Alte Wilhelmshafen 211 1/2. Neue Wilhelmshafen 190. Rheinische Aktien 116. Darmstädter, alte, 164 1/2. Darmstädter, neue, 144 1/2. Dessauer Bank-Aktien 113 1/2. Oesterreichische Credit-Aktien 192. Oesterreichische National-Anleihe 85 1/2. Wien 2 Monate 99 1/2.

## Telegraphische Nachrichten.

Paris, 3. August. Neuere Nachrichten aus Madrid bestätigen, daß das Gouvernement auf keinem Punkte Widerstand findet. Man hofft in Madrid auf eine Amnestie bei Gelegenheit der Trauungsfeierlichkeit. Prinz Albrecht von Bayern wird in den nächsten Tagen aus München in Madrid eintreffen. Ein Theil der nach der Pyrenäen-Grenze dirigiert gewesenen französischen Truppen soll Contre-Ordre erhalten haben. Der Kaiser und Kaiserin werden morgen hier erwartet.

London, 3. August, Morgens. Es ist hier eine Subscription eröffnet worden, um 5000 Krim-Kriegern ein Banket in Cremorne Gardens zu geben. Die Einrichtung Dove's wird am nächsten Sonnabend stattfinden. Der „Observer“ enthält einen heftigen Artikel gegen D'Annunzio.

Florenz, 1. August. Dem Vernehmen nach soll die Errichtung eines toskanischen Konsulats in Maranopol und dreier vom selben abhängigen Vicekonsulats in Kertsch, Taganrog und Berdiansk; ferner zweier vom Generalkonsulat in Odessa abhängiger Vicekonsulats in Cherson und Eupatoria beschlossen worden sein.

Breslau, 4. August. [Zur Situation.] Dürfen wir dem Telegraphen trauen, so hat sich auch Saragossa dem Grafen von Lucena unterworfen und die Ruhe wäre in Spanien wiederhergestellt. Es rät sich nun, auf wie lange?

Jedenfalls wird D'Annunzio Mähe haben, daß sein Regiment, wenn es nach der Theorie des „Moniteurs“ mit einem Staatsstreich nicht begonnen, nicht zu einem solchen führe.

Wohlauflage stellt die französische Regierung die Truppensendungen nach den Pyrenäen noch nicht ein.

Die Orleansen ahmen jetzt das Beispiel der Legitimisten nach und werden nächsten eine Pilgerfahrt nach Deutschland ansetzen. Es soll nämlich am 24. d. Mts., an welchem Tage der Graf von Paris das zum Regierungsantritt erforderliche 18. Jahr erreicht, in Frankfurt a. M. ein Kongreß der orleanistischen Notabilitäten stattfinden, auf welchem man sich über die Prinzipien und die Stellung besprechen will, die der Präsident beim Eintritt gewisser Eventualitäten einzuhalten haben werde.

Aus London haben wir bereits auf telegraphischem Wege erfahren, daß die englische Regierung dem Projekte der Sundzoll-Kapitalisierung nicht beistimme, sondern vorschläge, die Zölle in den Abgangs- und Einlaufshäfen zu erheben, um sich die Kosten der Verzögerung während der Reise zu ersparen.

Die „Times“ ist entschieden gegen dieses Projekt, welches ihrer Ansicht nach ein höchst wesentliches Moment gar nicht berührt, nämlich die sichere und ungeheure Zunahme des Zolles. Nichts sei gewisser — meint die „Times“ — als daß in ein paar Jahren, wenn der Kaiser von Rußland den von ihm gehegten Erwartungen nur im geringsten Grade entspricht, der Hisehandel und folglich auch die Höhe des zu entrichtenden Sundzolles sich verdoppeln wird. Jedes Jahr, welches wir erwarten, erhöht nur den Betrag des Zagebeldes, das wir zu zahlen haben, wenn wir die Sache beim Alten lassen, oder den Betrag der Abfindungssumme, wenn wir uns von der Steuer ganz loskaufen wollen. Wir nehmen an, daß, so lange andere Nationen sich zur Fortzahlung des Zolles verstehen, England sich seiner überlegenen Stärke nie zu dem Zwecke bedienen wird, um diese Steuer einer Nation zu entziehen, mit welcher es durch so viele freundliche Gefühle verbunden ist, sowie durch die Erinnerung an die ihr unter dem Eindruck, als sei eine traurige Nothwendigkeit, von England zugesagte harte Behandlung, einer Nation endlich, für welche der Verlust dieser Einnahmequelle ein schwerer Schlag sein würde und an deren unabgängiger Existenz England im höchsten Grade gelegen sein muß. Dänemark muß also auf eine oder die andere Weise für den Ausfall dieses Zolles entschädigt werden.

Die „Times“ hätten noch das durchaus Unpraktische des Projekts hervorheben sollen, welches darin besteht, daß Dänemark in Häfen, welche nicht unter seiner Territorial-Hoheit stehen, Zoll erheben soll.

Was die deutschen Herzogthümer betrifft, so soll Oesterreich den deutschen Bundesregierungen von den zur Wahrung ihrer Rechte vorgenommenen Schritten Kenntniß gegeben und die Eventualität einer bundesmäßigen Recognition in Aussicht gestellt haben.

Auch die hannoversche Verfassungsangelegenheit soll in den letzten Tagen der Thätigkeit der Bundesversammlung vor dem Beginn ihrer gewöhnlichen Ferien Gegenstand der Verhandlung im politischen Ausschusse gewesen sein. Bekanntlich hatte die Bundesversammlung bei Erlaß ihrer die erwähnte Angelegenheit betreffenden Beschlüsse vom 12. u. 19. April v. J. die Eventualität ins Auge gefaßt, eine Bundeskommission nach Hannover zu entsenden, die sich eintretendenfalls mit den dortigen Verfassungszuständen zu beschäftigen haben würde. Es hat nun aber

die zweite hannoversche Kammer eine Reihe von Vorlagen abgelehnt, die zur Aufrechterhaltung des monarchischen Prinzips nach der Anschauung des Bundes erforderlich, und deren Nichtzustandekommen mit den Grundgesetzen des Bundes nicht in Einklang stehend erachtet werden. Unter diesen Umständen soll im politischen Ausschusse die Frage zur Erörterung gekommen sein, ob nicht die in den erwähnten Bundes-Beschlüssen vorgesehene Eventualität als nunmehr eingetreten erachtet und darüber, daß dies geschehen, Bericht erstattet werden müsse. Die Mehrheit der Mitglieder des gedachten Ausschusses hat sich indessen damit nicht einverstanden erklärt, und wird jedenfalls erst nach Ablauf der Bundestagsferien diese Angelegenheit von Neuem zur Sprache kommen und einen Gegenstand für die Verhandlung und Beschlußfassung bilden können.

## Preußen.

Berlin, 3. August. Der königliche Hof ist mit seinen hohen Gästen wieder vereint. Der heutige Tag wird im Familienkreise verlebzt; am Montag aber werden zu Ehren des Großfürsten Michael militärische Uebungen abgehalten werden. — Die russische Regierung hat die Zollermäßigung des Zuckers beim Eingang in die Häfen auch auf den Kaffee ausgedehnt und den Zollsaß desselben von 3 Rubel 70 Kopeken auf 3 Rubel pro Pud herabgesetzt. Für die übrigen Waaren jedoch, welche auf dem Landwege den Eingang nach Rußland zu ermäßigten Zollsätzen gehabt haben, ist angeordnet worden, daß von ihnen, wenn sie nach russischen Häfen übergeführt werden, in welchen die Waaren mit einem höheren Zoll belegt sind, der fehlende Ergänzungszoll noch zu erheben ist. — Eine große Anzahl preuß. Transport-Versicherungs-Gesellschaften hat ein Gesuch in Verbindung mit einer Denkschrift an das Handels-Ministerium gerichtet. Es werden darin Vorschläge zu einer geordneten Stromschiffahrt für die östlichen Provinzen gemacht und gebeten, die zur Binnenschiffahrt benutzten Stromfahrzeuge einer genaueren Prüfung zu unterwerfen und über die Stromschiffe und deren Mannschaften, denen oft die werthvollsten Ladungen anvertraut werden, eine gründliche Kontrolle auszuüben. Das Ministerium hat die Gutachten der Provinzial-Regierungen und diese der Handelskammern über diese Angelegenheit eingefordert. — Der orientalische Krieg hat gezeigt wie wichtig Telegraphen-Verbindungen sind, und wie sehr man zu beklagen hatte, daß in den kriegführenden Ländern gerade für das Telegraphenwesen so wenig geschehen war. Es wird jetzt deshalb um so rüstiger an der Herstellung von Telegraphenlinien in den Donaufürstenthümern und in der Türkei gearbeitet. Die Telegraphenlinie von Rußland über Schumla, Bama und Adrianopol nach Konstantinopel ist nun dem allgemeinen Verkehr eröffnet und mit Stationen an den genannten Orten versehen worden. Für diese Linien kommen in allen Punkten die im Telegraphen-Verein geltenden Bestimmungen in Anwendung. Die Gebühren für die Korrespondenz nach der Türkei setzen sich zusammen a) aus den bekannten Gebühren nach Giurgewo, b) aus der Gebühr von Giurgewo nach dem Bestimmungs-orte. Eine telegraphische Verbindung zwischen Giurgewo und dem am andern Ufer ihm gegenüberliegenden Rußland besteht zur Zeit noch nicht, doch hat die türkische Regierung zur Sicherung und Beschleunigung der telegraphischen Korrespondenz mit Europa in Giurgewo einen eigenen Agenten bestellt, der die aus Europa kommenden Depeschen übernimmt und zum Weitertelegraphiren nach Rußland befördert, und welchem ebenso von letzterem Plage aus die aus der Türkei kommenden und nach Europa bestimmten Depeschen zur Weiterbeförderung zugesandt werden. — Seitdem die direkte Telegraphenlinie von Bukarest nach Ibraila ihre Vollendung erhalten hat, ist die telegraphische Verbindung zwischen der Wallachei und Moldau in der Richtung über Jockhani seit dem 1. März d. J. aufgehoben worden, und es besteht hinfort zwischen den beiden Donaufürstenthümern nunmehr die Verbindung in der Richtung über Badi.

C. B. Berlin, 2. August. Von Seiten der hiesigen Polizeibehörde wurden gestern die hier in den Buchhandlungen vorgefundenen Exemplare einer in einem süddeutschen Verlage erschienenen Schrift: „Gespräch zweier Konventualen“ in Beschlag genommen und der Staatsanwaltschaft des Stadtrichts zum weiteren Verfahren übergeben. Die Schrift ist gegen den Protestantismus überhaupt, speziell aber gegen Preußen gerichtet.

Die „Hamburger Nachrichten“ hatten verbreitet, es würden in Hamburg bedeutende Quantitäten preussischer Thaler- und Zweithalerstücke umgeschmolzen und das Silber exportirt. Diese Nachricht hat, wie wir vernahmen, von kompetenter Seite Ermittlungen hervorgerufen, die denn den völligen Ungrund jener Nachricht herausgestellt haben.

Die „Deutsche Centralbank in Dessau“, welcher der Herzog bekanntlich jüngst die Konzeption erteilt hat, wird nicht, wie wir neulich meldeten, 50 und eventuell 100 Millionen als Grundkapital in Aktien ausgeben, sondern die Konzeption lautet, wie wir aus authentischer Quelle erfahren, dahin, daß der „Central-Bankverein“ — so lautet die Firma — 40 Mill. Thaler in Aktien emittiren und dieses Grundkapital durch Beschluß der Aktionäre und mit landesherrlicher Genehmigung „beliebig“ vergrößern könne. Zunächst wird von diesem Grundkapital der Betrag von 15 Millionen ausgegeben, die ferneren Emissionen von Aktien über 15 Millionen hinaus sind durch den Beschluß des Verwaltungsrathes bedingt. Jede Aktie lautet über 100 Thaler, ein Theil derselben auf die Namen der theilnehmenden Institute: Dessauer und Darmstädter Banken, Euxenburger Bank, Weininger, Leipziger Kredit-Anstalt etc. die übrigen auf jeden Inhaber. Die Thätigkeit des Vereins wird beginnen, sobald 10 Millionen Thaler gezeichnet sind.

## Oesterreich.

Wien, 3. August. Kaum daß vier Monate seit dem Abschlusse des Friedensvertrages vom 30. März vorüber sind, regt sich neuerdings das Mißtrauen gegen Rußland in sehr entschiedener Weise und man spricht schon an mehreren Orten über die Verletzung des Vertrages. Den ersten Anstoß gab die bessarabische Grenzregulirung, dieser folgte die Schleifung der Festungen Rani und Szemai, dann die Verzögerung in der Uebergabe der Festung Karls, und in diesem Augenblicke vermehrte den Stoff der Klagen über das Benehmen Rußlands die kürzlich erfolgte Besetzung der Schlangeninsel. Bei diesem Vorgange ist wohl zunächst das wiener Kabinet theilhaftig, und seiner Wachsamkeit muß es überlassen werden, daß nichts

von Seiten Rußlands unternommen wird, was die Freiheit der Donau-Schiffahrt illusorisch machen könnte. Wie wir vernahmen, besteht die Besetzung der Schlangeninsel von Seiten Rußlands gegenwärtig nur in der Aufstellung eines Stationsplatzes für ein Wachtschiff. Wenn nun das petersburger Kabinet nichts mehr beabsichtigt, als ein Wachtschiff bei der Schlangeninsel aufzustellen, so kann füglich unsere Regierung dagegen nichts einwenden, da der Besitz der Insel Rußland nur schwer bestritten werden kann (?). Dagegen ist unser Kabinet fest entschlossen, gegen jede Art von Befestigung der Schlangeninsel energisch aufzutreten und überhaupt zu verhindern, daß daselbst ein die Donauschiffahrt bedrohender Punkt geschaffen werde. In diesem Sinne soll sich unser Kabinet auch bereits gegen Rußland ernstlich ausgesprochen haben, und der Separatvertrag vom 15. April bürgt auch, daß der Stimme unseres Kabinetts nachdrückliches Gehör verschafft wird. — Es wurde wiederholt behauptet, daß neuerdings eine Truppenvermehrung stattfindet, und auf verschiedenen Punkten der Monarchie Rüstungen vorgenommen würden. Dem entgegen behaupten wir, daß gegenwärtig nur ein zahlreicher Truppenwechsel, aber keine Truppenvermehrung vorgenommen wird, und daß an jenen Punkten, wo die letztere wirklich bemerkt wird, dieselbe lediglich in den verschiedenen Manövern ihren Grund hat, welche sowohl in Böhmen als in Italien und Niederösterreich gegenwärtig abgehalten werden. — Herr Albert Hugo, ci-devant der Redakteur „Oesterreich. Zeitung“, hat die Absicht, ein neues Blatt zu gründen, das ausschließlich den Interessen des Adels gewidmet sein soll. Drei Bedingungen setzen jedoch das Gedeihen des Unternehmens voraus. Erstens: ob unser Adel das Bedürfnis nach einem solchen Organe beifügt; zweitens: ob er die Mittel dazu schafft, und drittens: ob Hr. Hugo der Mann dazu ist, ein solches Unternehmen zu leiten.

## Rußland.

Petersburg, 24. Juli. [Die Hoffnungen der Liberalen und die Kritik der Almaschlacht.] Die Hoffnungen unserer Liberalen haben sich durch die in Warschau gemachten Erfahrungen noch nicht abkühlen lassen. Als der Kaiser dorthin ging, hieß es: man möge sich nur auf durchgreifende politische Veränderungen gefaßt machen; dort würden die großen Prinzipien öffentlich erklärt werden, auf denen das neue russische Regierungssystem aufzubauen werden solle. Man machte sich gefaßt, aber der verheißene Erfolg blieb aus. Jetzt heißt es wieder: was in Warschau nicht geschehen, das werde nun um so gewisser in Moskau nach der Kaiserkrönung geschehen und dann eine um so größere Wirkung hervorbringen. Ihr Correspondent erlaubt sich auch hieran zu zweifeln. Rußland kann sein Regierungssystem nicht ändern ohne die ungeheure Gefahr für das Ganze, und die große Masse seiner Bewohner will keine Aenderung des Systems, weil sie diese Gefahr aller sehr wohl erkennt. Die neue Zeit kann bessern, Einzelnes ändern, aufheben, einführen, aber sie kann nicht mit dem Gegebenen und Ueberkommen brechen. Wenn man im Auslande danach urtheilen wollte, daß jetzt unnachlässigliche öffentliche Gerechtigkeit an hochstehenden Männern geübt wird, die sich einer — wenn auch hergebrachten — Veruntreuung schuldig gemacht, wenn man deswegen an eine größere Freiheit der Presse glauben will, weil sich in den militärischen Zeitungen Generale gegenseitig über ihre Kriegsführung kritischen, dann freilich sind auch wir auf dem besten Wege zum Liberalismus. Glauben Sie mir, daraus sind keine Folgerungen zu ziehen. Ich gestehe Ihnen indessen, daß diese gegenseitige militärische Kritik coram populo auch hier einen tiefen Eindruck macht, da der „Russische Invalide“, von Beamten des Kriegsministeriums redigirt, gewiß so Bedeutendes nicht aufgenommen haben würde, wenn die kaiserliche Genehmigung dazu nicht erfolgt wäre. Es handelt sich dabei um die Schlacht an der Alma, die erste, welche uns unsanft genug aus dem Traume unserer militärischen Unverbesserlichkeit aufweckte. Antischkoff, Offizier im Generalstabe, veröffentlichte nämlich eine Broschüre unter dem Titel: „Historische Skizzen aus der Krim“ und gab in dieser eine Darstellung der Schlacht an der Alma, die allgemein mit Begeisterung gelesen wurde, über deren positiven Werth aber wohl nur diejenigen urtheilen können, welche die Schlacht mitgemacht. Für die sämtlichen höheren Führer war die Darstellung aber wenigstens keine schmeichelhafte. Es dauerte denn auch nicht lange, so erschienen im „Russischen Invaliden“ Erwiderungen des Fürsten Peter Gortschakoff, welcher an der Alma den rechten Flügel, und des General Lewitschinski, welcher das Centrum kommandirte. Beide wiesen übereinstimmend mehrere Punkte der Darstellung Antischkoffs zurück und behaupteten, der linke Flügel der Armee sei zuerst und ohne den Befehl des Höchstkommandirenden gewichen. Generalleutnant Kiriaikoff, Kommandeur der Reserve-Infanterie-Division des sechsten Armeekorps, welcher diesen linken Flügel kommandirte, tritt nun neuerdings in demselben Blatte gegen jene Broschüre und gegen seine beiden Kollegen im Kommando mit der Behauptung auf, daß seine Truppen erst zurückgegangen wären, nachdem rechter Flügel und Centrum bereits dem Stöße des Feindes nachgegeben hätten. Er sucht diese Angabe zu beweisen, erklärt und entschuldigt sie aber auch aus den Umständen. Du choc des opinions jaillit la vérité. Das gilt auch für diesen Fall. Wir gewinnen dabei und fangen an so klar zu sehen, daß uns die Augen weh thun. Wenn es so fortgeht — und man hört schon von andern Schriften, die vorbereitet werden — so haben wir bei nicht freier Presse eine wirkliche Geschichte des für alle Zeit merkwürdigen Feldzuges früher zu erwarten, als der Westen Europas. (N. Pr. 3.)

## Franreich.

Paris, 1. August. Die italienischen Angelegenheiten beschäftigen die Regierung sehr ernst. Von dem revolutionären Versuche zu Massa-Carrara scheint man hier schon zeitig einen Wink erhalten zu haben. Das sardinische Kabinet wurde von hier aus gewarnt und traf auch schon vor dem Ausbruche Sicherheitsmaßregeln. Es sandte





